

Zertifikate

Zertifikate sind Wertpapiere und zählen zu den strukturierten Finanzprodukten. Sie werden von Banken emittiert und vorwiegend an Privatkunden verkauft.

Mit Zertifikaten wird Privatanlegern ermöglicht, hoch komplizierte Strategien nachzubilden oder in schwer zugängliche Anlagen, z.B. Rohstoffe, zu investieren.

Nach unserer Erfahrung wird gerade beim Verkauf von Zertifikaten in vielen Fällen nur unzureichende Beratung geleistet.

Aus diesem Grunde können im Einzelfall Schadensersatzansprüche gegen Banken bestehen. Derzeit führen wir zahlreiche Verfahren, insbesondere gegen die Citibank, die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Dresdner Bank.

In zahlreichen Fällen wurden Banken durch Gerichte (z..B. Landgericht Hamburg, Landgericht Frankfurt, Amtsgericht Leipzig) zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt, vor allem, weil

- keine anlegergerechte Beratung geleistet wurde
- keine objektgerechte Beratung geleistet wurde
- Anleger nicht über fehlende Einlagensicherung aufgeklärt wurden
- Anleger nicht hinreichend über Totalverlustrisiken informiert wurden
- Banken ihr wirtschaftliches Eigeninteresse am Vertrieb der Produkte nicht offenlegten

Bei Ansprüchen gegen Banken und Sparkassen wegen Falschberatung im Zusammenhang mit Zertifikaten ist die besondere Verjährungsvorschrift des § 37a WpHG zu beachten.

Der Anspruch des Kunden gegen ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen auf Schadensersatz wegen Verletzung der Pflicht zur Information und wegen fehlerhafter Beratung im Zusammenhang mit einer Wertpapierdienstleistung verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Der Anspruch entsteht am Tag der Zeichnung. Anlegern, die sich falsch beraten fühlen, wird dringend geraten vor Ablauf der dreijährigen Verjährungsfrist prüfen zu lassen, ob Ansprüche auf Schadensersatz bestehen.

Lehman-Brothers Zertifikate

Besonders hart wurden viele deutsche Kapitalanleger von der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman-Brothers getroffen. Die Bank emittierte seit 2006 ca. 150 verschiedene Zertifikateprodukte, die nun nahezu wertlos sein dürften. Zum Ärger vieler Anleger wurden diese Produkte häufig mit Bezeichnungen beworben, die eine Sicherheit vortäuschten, die tatsächlich nicht gegeben war, z.B. "Zertifikat mit 100%-Kapitalschutz".

Im Zuge der Subprime-Krise musste Lehman-Brothers zunächst 3,3 Milliarden US-Dollar abschreiben. Im April 2008 hatte das Institut eine Kapitalerhöhung von 4 Milliarden US-Dollar durchgeführt, eine weitere in der Höhe von 5 Milliarden US-Dollar folgte im Juni 2008.

Die angeschlagene US-Bank hatte am 10. September 2008 verlauten lassen, dass sie Verluste in Höhe von 3,9 Milliarden US-Dollar für das dritte Quartal 2008 erwartet. Richard Fuld, Vorstandschef von Lehman Brothers, kündigte den Verkauf eines Mehrheitsanteils an der Investmentsparte, die Ausgliederung von Gewerbeimmobilien und weiteren illiquiden Vermögenswerten an. Als weitere Maßnahme sollte ebenfalls die Dividende pro Aktie verringert werden. Die Verkaufsbemühungen waren jedoch wenige Tage später gescheitert und es musste am 15. September 2008 für Lehman Brothers die Insolvenz beantragt werden.

Die amerikanische Regierung hatte zuvor bereits drei große Banken (Bear Stearns, Fannie Mae und Freddie Mac) mit Milliarden Dollar gestützt. Der politische Druck, weitere Banken nicht aufzufangen, war so groß geworden, dass der damalige amerikanische Finanzminister nach der Absage der englischen Barclays-Bank, sich an Lehman zu beteiligen, keine weitere Unterstützung bereitstellte, was zur Insolvenz von Lehman Brothers führte.

Der Schaden, der durch diese plötzliche Insolvenz hervorgerufen wurde, wird auf 50 bis 75 Milliarden USD geschätzt.

In Folge der Insolvenz soll Lehman Brothers einen Schuldenberg von über 200 Milliarden Dollar hinterlassen.